



## Kritische StudentInnen sind nicht gefragt!

Ein Ziel eines Hochschulstudiums ist die Qualifizierung für das spätere Berufsleben. Das ist jedoch nur *ein* Ziel. *Noch* bieten die Hochschulen die einmalige Chance, im Studium wesentlich über eine bloße Berufsqualifikation hinauszugehen. Noch hat jedeR StudentIn in weitem Rahmen die Möglichkeit,

- sich wissenschaftliches Arbeiten und Denken anzueignen; dadurch Teilgebiete seines/ihrer Faches und sein/ihr Fach überhaupt in einen größeren Zusammenhang einordnen zu können;
- Interdisziplinarität zu verwirklichen: Sichtweisen eines benachbarten Faches, seine Modelle und Methoden, seine Fragestellungen und Probleme kennenzulernen und zum eigenen Fach in Beziehung zu setzen;
- ein weiteres Fach auch ohne Bezug zum eigenen Fach kennenzulernen (in einzelnen Veranstaltungen oder einem Zweit-/ Doppelstudium);
- das Studium den eigenen Interessen gemäß frei zu gestalten, d. h. sich eigene Lernziele zu setzen, sich (inner- und außeruniversitär) zu engagieren, das Studium mit eigenen Erfahrungen und Bedürfnissen zu verbinden.

Diese Möglichkeiten, die über das Pflichtprogramm, über die bloße Berufsausbildung und Praxisanwendung hinausgehen, tragen wesentlich dazu bei, daß sich Universität und Berufsschule unterscheiden. Dieser universitäre Weg der Horizonterweiterung ist jedoch keineswegs ein teurer und überflüssiger Luxus: Unsere Gesellschaft ist auf gebildete, verantwortungsbewußte Menschen angewiesen; unflexibles und unkritisches Fachidiotentum hat keine Zukunft.

Doch mit dieser Freiheit ist es bald vorbei, wenn es nach Hochschulrektorenkonferenz (HRK), Kultusministerkonferenz (KMK) und Wissenschaftsrat geht. In ihren Vorschlägen zur Studienzeitverkürzung (sog. Studienstrukturreform) ist nirgendwo von *Bildung* die Rede; man sorgt sich allenfalls um die „Qualität der *Ausbildung* (Berufs- und Wettbewerbsfähigkeit)“. Laut Bundesbildungsminister Ortleb müssen sich die „Universitäten ... auf ihre neue Rolle als überwiegend berufsorientierte Ausbildungsstätte“ einstellen.

Konkret:

- Berufsqualifizierendes und wissenschaftliches Studium sollen getrennt werden. Wissenschaftliches Arbeiten bleibt dann nur noch einigen Wenigen vorbehalten, die nach der Abschlußprüfung zu einem Promotionsstudium oder einem Graduiertenkolleg zugelassen werden. Zulassungskriterium soll neben hervorragenden Abschlußnoten eine möglichst kurze Studienzeit – als Maß für wissenschaftliche Qualifikation – sein.





- Eines der wichtigsten und fruchtbarsten Prinzipien der deutschen Hochschullandschaft, die Einheit von Forschung und Lehre, wird stillschweigend endgültig abgeschafft.
- Die meisten StudentInnen haben keine Chance, wissenschaftliches Denken und Arbeiten auch nur kennenzulernen.
- Der wissenschaftliche Nachwuchs wird ausgedünnt; es stehen weniger KandidatInnen für eine ForscherInnenlaufbahn zur Verfügung. Eine solche Verringerung des Angebotes wird zwangsläufig einen Verfall der Qualität der Forschungsarbeit und der Lehre nach sich ziehen.
- Der Inhalt der Studiengänge wird auf Berufsqualifikation beschränkt. (Was der Industrie nicht ‚nützt‘, fliegt ‚raus‘.)
- Bestehende Aufbaustudiengänge sollen abgeschafft, neue nicht mehr genehmigt werden.
- Fächerwechsel und Zweitstudium sollen eingeschränkt werden.
- Einführung einer Höchststudienzeit (Zwangsexmatrikulation nach Regelstudienzeit +4 Semester). Dadurch werden zusätzliche Studien, der Besuch nicht verpflichtender Veranstaltungen, nicht direkt auf die Abschlußprüfung gerichtetes Engagement quasi unmöglich gemacht.
- Für Zwischen- und Abschlußprüfung sollen feste Termine vorgeschrieben werden. Nach 4 Semestern gilt automatisch die erste Zwischenprüfung als geschrieben und nicht bestanden, nach 8 Semestern die erste Abschlußprüfung.
- Durch zentral von PolitikerInnen festgelegte „Rahmeneckdaten“ sollen Studiengänge an allen Universitäten vereinheitlicht und bis ins Detail reglementiert werden.

Die wirklichen ExpertInnen zum Thema Studium, wir StudentInnen und unsere HochschullehrerInnen, wurden zu keiner Zeit in die Planung der ‚Studienstrukturreform‘ einbezogen. Noch sind dies alles nur Vorschläge von Ministerien und Arbeitsgruppen. Aber schon in diesem Frühjahr soll mit der Umsetzung durch Gesetze und Verordnungen begonnen werden. Deshalb ist es fünf vor zwölf, um sich gegen diese massiven Verschlechterungen unserer Studienmöglichkeiten (und derjenigen künftiger StudentInnengenerationen) zu wehren. Erheben wir also Einspruch, obwohl - oder gerade weil - wir nicht gefragt wurden!

Das Fachschaftenplenum

## TH-AKTIONSWOCHE ZUR HOCHSCHULREFORM

25. - 29. Januar 93